

Buchbesprechungen

Güde, Udo: Geschäftspolitik der Sparkassen — Grundlagen und aktuelle Probleme. Göttingen 1978, 373 Seiten, 54,— DM.

Zwar liegen zu geschäftspolitischen Einzelfragen der Sparkassen heute eine Fülle von Beiträgen in den einschlägigen Fachzeitschriften und Sammelwerken vor, doch findet sich bislang kaum eine in sich geschlossene Darstellung der Geschäftspolitik, die aus der Sicht einer Sparkasse formuliert wurde. In diese Marktlücke stößt das innerhalb kurzer Zeit nunmehr bereits in zweiter Auflage erschienene Buch von *Güde*. Auf fundierter theoretischer Grundlage fußend — der Autor entstammt der Schule *Hagenmüller* und ist auch heute noch in mehrfacher Funktion der wissenschaftlichen Forschung verbunden —, werden die Grundlagen und aktuellen Probleme der Geschäftspolitik aus praxeologischer Sicht in einer stark betriebswirtschaftlich akzentuierten Betrachtungsweise dargestellt.

Konsequent im Aufbau geht der Verfasser vom Zielsystem der Sparkassen aus und stellt ökonomische (Sicherungsziele) sowie metaökonomische (Auftragsziele) Funktionen gegenüber. Schon in diesem Kapitel lassen sich die generell auch in den nachfolgenden Ausführungen zu beobachtenden Vorzüge des Buches klar erkennen. In einer äußerst ausgewogenen Darstellung werden pro- und kontra-Argumente diskutiert, wobei sich der Verfasser keineswegs der nicht immer einfachen Aufgabe entzieht, zu so widersprüchlichen und wettbewerbsspolitisch heiklen Themen wie beispielsweise der „Korrekturfunktion der Sparkassen“ eigene Positionen einzunehmen. Aus bereits selbst erlebter Erfahrung in leitender Funktion werden immer wieder einschlägige Geschehnisse — vorwiegend des letzten Jahrzehnts — eingeblendet, um daraus generelle Aussagen zur Geschäftspolitik abzuleiten. Aber auch zu internen Problemkreisen der Sparkassenorganisation, wie etwa zu den aktuellen Fragen des Verbundes, wird in einer sehr offenen Form Stellung bezogen. Allen Insidern sicherlich geläufig, doch kaum jemals so anschaulich präzisiert werden die Haftungsbeziehungen in der Gesamtorganisation von der untersten Ebene angefangen über die Regionalverbände und die regionalen Girozentralen/Landesbanken bis zum DSGV resp. der DGZ abgehandelt.

Im Anschluß an das Zielsystem der Sparkassen widmet sich der Autor dem „magischen Dreieck“ der Bankpolitik, der Liquiditäts-, Sicherheits- und Rentabilitätspolitik. Aktuelle Fragen des Kreditwesens wie das Zinsänderungsrisiko und Lösungsvorschläge zum Eigenkapitalproblem kommen ebenso zur Sprache wie generelle Aussagen über die Risikostreuung oder des Einflusses der Betriebsgröße einer Sparkasse auf die Rentabilitätslage.

Zwei umfassende Abschnitte über die Kapitalbeschaffung und -verwendung der Sparkassen schließen sich an. Obwohl der Autor letztlich aus der Sicht der Sparkassen dem Spargeschäft den Vorrang einräumt, wird den marktstrategischen und Image-bedingten Gründen einer stärkeren Forcierung des Kreditgeschäftes, insbesondere im Bereiche des Konsumentenkredites, bei dem der Marktanteil der Sparkassen deutlich unterproportional ist, voll Rechnung getragen.

Der Abschnitt über die Zins- und Gebührenpolitik stellt wieder eine Fülle aktueller preispolitischer Überlegungen zur Diskussion, von der Zinsempfindlichkeit des Sparerers angefangen bis zu den Konditionen im Privatgirogeschäft. In bisher noch nicht vorhandener Darstellungsform werden Teilbereiche der klassischen Marktformenlehre (Zinsführerschaft, Preisdifferenzierung) auf den Kreditmarkt transferiert.

Der starken marktpolitischen Orientierung aller Institutsgruppen gemäß erfolgt schließlich eine Darlegung der Handhabung des marktpolitischen Instrumentariums von seiten der Sparkassen, wobei selbst auf so spezifische Aspekte wie Mitarbeiterwettbewerbe oder die Gestaltung kundenorientierter Schalterräume nicht verzichtet wird.

Für die gesamte Darstellung ist die enge Einbindung der relevanten rechtlichen Normen (Kartellrecht, Kompetenzen der Organe etc.) ebenso selbstverständlich wie die Berücksichtigung neuester Entwicklungen in der technischen Abwicklung der einzelnen Geschäftssparten.

Selten genug findet sich der Leiter eines Kreditinstitutes zur Herausgabe einer umfassenden Abhandlung zur Geschäftspolitik bereit. Das vorliegende Buch stellt den geglückten Versuch dar, auf einer soliden theoretischen Basis aufbauend und getragen von einer jahrelangen Erfahrung im Kreditwesen den komplexen Themenbereich der Geschäftspolitik der größten deutschen Bankengruppe in abgewogener Form darzustellen.

Erich Priewasser, Marburg

Kock, Heinz: Stabilitätspolitik im föderalistischen System der Bundesrepublik Deutschland. Analyse und Reformvorschläge, Bund-Verlag, Köln 1975, 228 Seiten, 45,— DM.

Seit die Entwicklung des Preisniveaus und der Unterbeschäftigung anhaltend bei Größenordnungen liegt, die ein Mehrfaches der ursprünglich projektierten Zielwerte betragen, und auch die realen Veränderungen des Sozialprodukts wieder negativ sein können, erlebt die Literatur zur Stabilitätspolitik Hochkonjunktur. Im Rahmen der konzeptionellen Kritik an der Globalsteuerung und der Kontroverse um das bessere Instrumentarium auf Seiten der Finanz- oder Geldpolitik sind dabei solche Studien hervorzuheben, die sich bemühen, die Ursachen der konjunkturellen Instabilitäten und der steuerpolitischen Defizite zu betonen, um von dort aus Verbesserungsvorschläge ausarbeiten zu können.

Hierzu zählt das Buch von Heinz Kock. Es ist nun im folgenden nicht beabsichtigt, im einzelnen methodische oder inhaltliche Detailkritik zu formulieren. Bei einem derart breiten Ansatz muß notwendigerweise auf vertiefte Einzelanalysen verzichtet werden, die Befunde der Studie sind deshalb nicht weniger bedeutsam. Hier soll vielmehr versucht werden, aus der Erfahrung, die seit dem Erscheinen des Buches gewonnen werden konnte, zu beurteilen, ob die Probleme einer Lösung näher gebracht wurden bzw. werden konnten.

Kock zeigt im ersten Teil die charakteristischen Merkmale des föderalistischen Staatsaufbaus einerseits und einer erfolglosen konjunkturellen Stabilisierung andererseits am Beispiel der Bundesrepublik Deutschland auf. Der Feststellung, daß der ebenenspezifische Stabilitätsbeitrag geringer wird, je dezentraler die Gebietskörperschaften organisiert sind, wird gleich am Beginn entgegengestellt, daß Föderalismus durch die Möglichkeit der Machtkontrolle, die Erhöhung der Unmittelbarkeit der Demokratie und das verbesserte Angebot an öffentlichen Leistungen im Sinne einer Vereinheitlichung der Lebensverhältnisse eigenständige Vorteile besitzen kann. Eine Rangordnung gegenüber dem Bedarf an konjunktureller Stabilisierung liegt jedenfalls nicht unumstößlich fest.

Ausdrücklich wird davor gewarnt, die Vorzugswürdigkeit einer zentralstaatlichen Organisation allein daraus abzuleiten, daß die Verfassungswirklichkeit unseres Föderalismus die Normen nur schwerlich erfüllt; das bedeutet eben noch nicht — und dem ist zuzustimmen —, daß dies der Zentralstaat besser vermag. Damit ist der Fortgang der Untersuchung festgelegt: „Die eigentliche Frage lautet nicht, ob Föderalismus oder Zentralstaat bessere öffentliche Leistungen erbringen, sondern, wie die öffentlichen Aufgaben im Föderalismus auf die drei Ebenen verteilt sein müssen, damit die Leistungserfüllung im Föderalismus derjenigen des Zentralstaates überlegen ist.“ (S. 52) Hier nun wird eine grundsätzliche Schwierigkeit der Problemstellung offenbar: Föderalismus ist nicht einfach die Abgrenzung räumlich unterschiedlicher Gebietskörperschaften, sondern auch eine Organisation nach ebenenspezifischen Aufgaben. Wenn Kock resümierend feststellt, daß die Kommunalpolitiker in erster Linie nach ihren Leistungen für die eigene Gemeinde beurteilt werden und daß der Bürger als Wähler in seiner Gemeinde gesamtwirtschaftliche Rücksichtnahmen zu deren Lasten nicht honoriert, so ist in der Tat auch kaum mit einem freiwilligen Stabilitätsbeitrag der Kommunen zu rechnen. Auch die Länder werden im Konfliktfall — nach Kock ist dies insbesondere beim Ziel der Preisniveaustabilisierung zu erwarten — eher ihrer eigenen Zielsetzung folgen als der gesamtwirtschaftlichen Opfer bringen. Wird schließlich selbst auf Bundesebene der Konflikt zwischen Stabilisierung und Versorgung mit öffentlichen Gütern zu Lasten ersterer entschieden, ist um so weniger zu erwarten, daß Gemeinden und Länder einer allein auf Konjunkturstabilisierung ausgerichteten Einsicht folgen werden.

Vor diesem Hintergrund sind die von Heinz Kock im zweiten Teil erörterten Ansätze — das System der Finanzaufweisungen, die Gemeinschaftsauf-

gaben und die mittelfristige Finanzplanung — zu sehen. Verbietet sich aus verfassungsrechtlichen Gesichtspunkten die Disziplinierung von nachgelagerten Gebietskörperschaften durch zweckgebundene Zuweisungen direkt, so stellt sich bei den Gemeinschaftsaufgaben und der mehrjährigen Finanzplanung ein ähnliches Problem lediglich versteckter vor. Selbst wenn man dem von Kock selbst zurückgeschraubten Anspruch folgt, daß es nicht um aktive Stabilitätsbeiträge der Länder und Gemeinden gehe, sondern der Erfolg bereits dann gegeben sei, wenn deren potentielle Instabilitätsbeiträge unterbunden werden können, bleiben Zweifel hinsichtlich der vorgeschlagenen Verbesserung der Situation.

Kerngedanke ist die Verstetigung der Aktivitäten der öffentlichen Hände. Bei einer verstärkten Betonung von Gemeinschaftsaufgaben, die ihrer Natur nach längerfristig konzipiert sind, würde sich dies automatisch einstellen; die mittelfristige Finanzplanung müßte dagegen mit einem höheren Grad an Verbindlichkeit ausgestattet werden, damit sich die jährlichen Budgets in die Langfristplanung einbetten und nicht umgekehrt (wie es faktisch bisher die Regel ist).

Nun ist freilich zu bedenken, daß die „unstetige“ Politik auf allen Gebiets-ebenen unseres Staates ja nicht final auf die Verschärfung der konjunkturellen Instabilitäten gerichtet ist, sondern (sofern überhaupt Unstetigkeit feststellbar ist) einem kurzfristigen Politikbedarf entspringt, dessen Deckung nicht immer auch konjunkturgerechte Wirkungen mit sich bringt. Die Forderung nach Verstetigung und nach Verstärkung längerfristiger Aufgaben hat demnach nur dann eine realistische Basis, wenn gleichzeitig der kurzfristige Politikbedarf gering ist und bleibt. Ist diese Voraussetzung aber erfüllt, so stellt sich das Problem der Konjunkturstabilisierung sowieso entschärft dar. Kock konstatiert für die Gemeinden (und dies gilt analog nach dem heutigen Erkenntnisstand gleichermaßen für jede Interventionsinstanz): „Die einzig sinnvolle Lösungsmöglichkeit liegt auf kommunaler Ebene in einem totalen Verzicht sowohl auf pro- als auch auf antizyklische Politik.“ (S. 199) Wird freilich zuvor dargelegt, daß kommunale Politik überhaupt nicht am gesamtwirtschaftlichen Konjunkturzyklus orientiert sein kann (und auch Länder und Bund nicht ausdrücklich Politik zu Lasten der Stabilität betreiben), so kann ein solcher Verzicht auch gar nicht geleistet werden, es sei denn, es handele sich um den Verzicht auf Politik schlechthin.

Verstetigung ist sicherlich auf das Stabilitätsziel bezogen eine verständliche Forderung; sie setzt jedoch voraus, daß der zu verstetigende Ausgangszustand von allen einflußreichen Gesellschaftsgruppierungen in seiner Struktur akzeptiert wird. Die derzeitigen gesellschaftlichen Konflikte geben wenig Anlaß zu der Vermutung, daß diese Voraussetzung erfüllt ist. Es wundert daher nicht, daß seit dem Erscheinen der Arbeit von Heinz Kock keine grundlegende Verbesserung der Stabilisierungsproblematik aufgrund seiner Vorschläge eingetreten ist. Gleichwohl, vielleicht sogar gerade deshalb, bleibt die Lektüre seines Buches empfehlenswert. Sie zeigt aus einer ausgewählten Perspektive (der Autor warnt ausdrücklich vor monokausaler Deutung) die Schwierigkeiten auf, die sich einer partiellen Politik (Konjunk-

turstabilisierung) innerhalb eines komplexen gesellschaftlichen Zielsystems entgegenstellen. Daß dies nicht nur eine akademische Diskussionsgrundlage ist, sondern auch und besonders die Politiker und Praktiker angeht, kommt überzeugend zum Ausdruck. Die weniger überzeugende Lösung ist nicht dem Autor, sondern der komplizierten Problemkonstellation zuzuschreiben.

Bernd Rahmann, Paderborn/Köln

Kilian, Horst: Betriebliche Kapitalbeteiligungsmodelle. Verbreitung, Einführungsmotive und Auswirkungen in der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika, Bd. 20 der Schriftenreihe des Instituts für Kreditwesen der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster (Hrsg. Prof. Ludwig Mülhaupt), Gabler Verlag, Wiesbaden 1978, 271 S., brosch., 44,50 DM.

Der Grenzertrag theoretischer Untersuchungen der unternehmenspolitisch nutzbaren Konsequenzen betrieblicher Kapitalbeteiligungsvarianten wird von der Beteiligungspraxis schon seit einiger Zeit nahe Null eingeschätzt. Relevanter wissenschaftlicher Zugewinn für diesen Interessentenkreis (und insb. auch für den Argumentationshaushalt realistischer Vermögenspolitiker) erscheint derzeit nur über die empirische Fundierung und/oder Konterkariierung der sattsam bekannten theoretischen Erkenntnisse möglich. Mit vorliegender Arbeit, als Dissertation bei Ludwig Mülhaupt entstanden, soll ein Beitrag zur Schließung dieser wirtschaftswissenschaftlichen Marktlücke geleistet werden.

Ausgangspunkt der Studie ist der (erstmalig) umfassende Adressenkatalog der von Guski/Schneider veranstalteten Bestandsaufnahme („Betriebliche Vermögensbeteiligung in der Bundesrepublik Deutschland“, Köln 1977). Durch eine eigenständige Fragebogen-Erhebung bei diesen Beteiligungsunternehmen will Kilian die tatsächlichen Motive und Auswirkungen betrieblicher (Eigen- und Fremd-)Kapitalbeteiligungen eruieren. Erfolgsbeteiligungen werden nur insoweit zum Untersuchungsobjekt, als sie zur Alimenterung von Kapitalbeteiligungen dienen. Um deutsche Untersuchungsergebnisse zu bestätigen bzw. zu relativieren, soll das US-amerikanische „profit-sharing“, die bereits weiter verbreitete und empirisch gründlicher erforschte amerikanische Mitarbeiterkapitalbeteiligung, zu Vergleichszwecken herangezogen werden. Adressat des Fragebogens war stets nur das Management der Beteiligungsunternehmen.

In den Grundlegungen der Arbeit (S. 1—95) werden zunächst die überhaupt möglichen Partizipationsformen für Mitarbeiter im arbeitgebenden Unternehmen (erfreulich knapp) dargestellt und systematisiert. Nach Hervorhebung der gängigen Steuer-, Haftungs- und Organisationsbarrieren werden diese Grundformen auf die effektiv praktikierbaren Modellkonstruktionen reduziert: Mitarbeiterdarlehen; typische stille Gesellschaft; Belegschaftsaktien und (eingeschränkt) die nach dem KAGG reglementierten Belegschaftsfonds. Dem Rezensenten erscheinen diese für einschlägige Dis-

sertationen wohl obligaten Ausführungen weit weniger interessant als die Vorstellung des in den USA prosperierenden „profit-sharing“ (S. 53-66, 76-86) und die Erläuterung der Rahmenbedingungen der Umfrage des Verfassers (S. 87-95). Trotz mannigfaltiger Ausprägungen ist die amerikanische Kapitalbeteiligung stets als treuhänderisch zu verwaltender Mitarbeiterfonds mit eigener Rechtspersönlichkeit zu charakterisieren; konzipiert entweder als „deferred trust plan“ (Gewinnbeteiligung mit aufgeschobener Auszahlung) oder als „combined trust plan“ (Kombinationen aus Bar- und aufgeschobener Auszahlung). Ob und inwieweit allein hieraus schon Relativierungsnotwendigkeiten für den Vergleich mit den deutschen Verhältnissen resultieren, läßt der Verfasser leider noch offen. Auch hinsichtlich der Kompatibilität seiner und der amerikanischen Untersuchungsmethoden beläßt er es vorläufig bei dem eher vagen Hinweis, daß er sich an die amerikanischen Autoren anlehnen wird (S. 88). Es wäre wünschenswert, hätte *Kilian* bereits zu Beginn entsprechende Hinweise gegeben und zudem auf die grundsätzlichen Schwächen seiner empirischen Forschungsmethode aufmerksam gemacht. Letzteres erfolgt (wohl aus taktischen Gründen) erst zum Schluß der Arbeit (S. 215—219). — Beeindruckend ist, daß 70 % aller Beteiligungsunternehmen in verwertbarer Form an der Erhebung des Verfassers teilgenommen haben; der Repräsentativcharakter der Ergebnisse ist von daher also nicht gefährdet.

Das erste Kapitel des eigentlichen Kernstücks der Arbeit ist der Analyse der Strukturen der Motive gewidmet, die von den Geschäftsleitungen für die Installierung von Kapitalbeteiligungssystemen angegeben werden (S. 96—125). Verlässliche Informationen über Motive unternehmerischen Handelns durch derartige Befragungen zu erhalten, erscheint dem Rezensenten generell unmöglich. Die Befragten müßten hierfür nicht nur hinreichend exakte Kenntnis über ihre eigenen vielschichtigen, rational oft kaum faßbaren Motivstrukturen besitzen, sondern dann auch noch bereit sein, diese tatsächlichen Beweggründe dem Interviewer mitzuteilen. Inwieweit gerade letzteres problematisch ist, mußte auch *Kilian* erfahren, der hinsichtlich der Effizienz von Motivbefragungen wesentlich optimistischer eingestellt ist. *Kilian* konnte zwar aufgrund der gemachten Angaben feststellen, daß die Befragten offensichtlich darauf vertrauen, daß die theoretisch ermittelten Motive — vorwiegend ökonomischer Natur (Leistungsmotivation wird verstärkt; Steuer- und Finanzierungsvorteile usw.) — mit den auch von ihnen intendierten Auswirkungen von Kapitalbeteiligungen kompatibel sind. Doch seine Überlegungen zum Einfluß der Art der Fragestellung sowie der Vorstellungen zur Erwünschtheit bestimmter Antworten ließen ihn schnell erhebliche Relativierungen der Rangordnungen der mitgeteilten Motive vornehmen. Wie eigentlich zu erwarten war, hat das verbreitete Bedürfnis nach Apologie „rein ökonomischer“ Motive zur Bevorzugung der (nach Ansicht der Befragten) „erwünschteren“ sozialen und ideologischen Motive geführt (Förderung der Vermögensbildung; Sicherung der marktwirtschaftlichen Ordnung usw.). Ein, wie *Kilian* einsichtig zu zeigen vermag, (im gewissen Rahmen) identifizierbarer Mangel, mit dem auch die amerikanischen Befragungsergebnisse behaftet sind, die im übrigen erstaunlich ähnliche Motivstrukturen aufzeigen.

Die finanz- und leistungswirtschaftlichen Effekte von Kapitalbeteiligungen sind der Gegenstand des zweiten Hauptkapitels, das außerdem die bereits erwähnte Methodenkritik des Verfassers mitbeinhaltet (S. 126–219). *Kilian* beschränkt sich nicht nur auf die gängige Darstellung der von der theoretischen Forschung explorierten Wirkungen, sondern analysiert sorgfältig und durchweg kompetent, inwieweit diese Wirkungen überhaupt isolierbar und damit der Einführung von Kapitalbeteiligungen eindeutig zurechenbar sind. Insbesondere aber ist es das Verdienst *Kilians*, die in der Literatur allzu häufig vernachlässigten negativen Begleiterscheinungen der postulierten positiven Effekte hervorzuheben. So verdeutlicht er z. B., daß eine durch Beteiligung der Mitarbeiter induzierte Fluktuationsrate nahe Null erhebliche Gefahren einer unflexiblen Belegschaftsstruktur mit sich bringen kann (Überalterung; Eintrittsbarrieren für qualifiziertere Kräfte usw.; S. 159–161). Allerdings vermißt man gerade hier Literaturhinweise auf die analogen Gründe des Scheiterns von Produktivgenossenschaften, die in jüngster Zeit in den Studien von *W. Engels* und *P. Steinbrenner* zum Konzept der „Arbeitspartizipation“ nachhaltig Berücksichtigung erfahren haben.

Sehr nachdrücklich stellt *Kilian* heraus, daß die in der Theorie abgeleiteten positiven Effekte (Erhöhung des finanziellen Spielraums; Steigerung der Leistungsmotivation) stets nur potentiellen Charakter besitzen, mithin angesichts des Kaleidoskops betrieblicher und außerbetrieblicher Einflußfaktoren (z. B. Dispositionsqualität des Managements; Konkurrenzlage) der in der Literatur behauptete Automatismus schon aus theoretischen Überlegungen heraus nicht haltbar ist (S. 165–166).

Bei der folgenden empirischen Untersuchung der Resultate von Kapitalbeteiligungssystemen ist der Erfolgsmaßstab, gemäß den amerikanischen Methoden, der Realisierungsgrad der vom Management erhofften Auswirkungen. Immerhin halten 67 % der Befragten ihr Konzept für „sehr erfolgreich“ bzw. „erfolgreich“ (S. 166–167). Es würde jedoch zu weit führen, an dieser Stelle die vielfältigen Ergebnisse der Befragung des Verfassers zu referieren, die dieser mit erfreulich profunden Hinweisen auf etwaig mangelnde „Moral“ seiner Respondenten zu würzen versteht. So etwa, wenn der (doch evidente) Zusammenhang zwischen Mitarbeiterbeteiligung und Steuerersparnis generell verneint wird (S. 175–176). Als wichtiges Fazit der empirischen Wirkungsanalyse bleibt festzuhalten, daß sich aus ihr kein wohlfundiertes Regelwerk ableiten läßt, nach dem „optimale“ Beteiligungssysteme zu gestalten wären; da jedes deutsche Teilnehmungsunternehmen letztlich ein spezifisches Gebilde darstellt, lassen sich generelle Folgerungen auf Interdependenzen zwischen Modellkonstruktionsdaten und dem Modellserfolg nicht ziehen.

In der dieses Kapitel beschließenden „Manöverkritik“ zeigt *Kilian*, daß ihm die Problematik von Befragungen durchaus geläufig ist (S. 213–219). Dennoch hält er diese Forschungsmethode für tauglich, aus seinem Untersuchungsfeld aussagekräftige Informationsfrüchte zu ziehen, da er die subjektiven Vorstellungen der Befragten hinsichtlich der „sozialen Erwünschtheit“ bestimmter Antwortkategorien herauszufiltern vermochte. Ob man

dem Verfasser in diesem Punkt voll zustimmen kann, muß dem Urteil jedes interessierten Lesers überlassen bleiben. Völlig einsichtig ist jedoch, daß eine durch Zeit- und Aufwandsrestriktionen geprägte Dissertation nicht die Meinungen und Erfahrungen aller Akteure in der Unternehmenshierarchie erfassen kann (S. 217). Insbesondere in der empirischen Analyse des Mitarbeiterverhaltens, etwa hinsichtlich der Zusammenhänge zwischen Arbeitsplatzwahl und Mitarbeiterkapitalbeteiligung, haben die Wirtschafts- und Sozialwissenschaften noch vielfältige Aufgaben zu erfüllen.

Nach einem Ausblick auf mögliche politische Tendenzen in der Beurteilung betrieblicher Kapitalbeteiligungen (S. 219—237) runden eine thesenförmige Zusammenfassung sowie der verwendete Fragebogen diese Arbeit ab.

Dem Verfasser ist mit dem vorliegenden Buch ein wichtiger Beitrag zur Versachlichung der vermögenspolitischen Diskussion gelungen. Dies insbesondere, weil er, der den Nutzeffekt betrieblicher Kapitalbeteiligungen letztlich hoch einschätzt, nicht in den großen Chor allzu euphemistischer Stimmen im Interessentenkonzert der Propagierung betrieblicher Vermögensbeteiligung einfällt, sondern stets um Objektivierung seiner subjektiv gefärbten Untersuchungsergebnisse bemüht ist. Diese Studie besitzt effektiven Neuigkeitswert und kann daher Theorie und Praxis der Mitarbeiterpartizipation sehr zur Lektüre empfohlen werden.

Volker Hassenzahl, Frankfurt/M.

Robert, Dieter: Makroökonomische Konzeptionen im Meinungsstreit. Zur Auseinandersetzung zwischen Monetaristen und Fiskalisten, Baden-Baden 1978 (Band 5 der „Schriften zur monetären Ökonomie“, hrsg. von D. Duwendag) 160 S., 29,— DM.

Es handelt sich bei dem Buch um die sprachlich überarbeitete Fassung der Dissertation des Verfassers (Gießen 1976). Fragestellung der Untersuchung sind die ideologischen und politischen Unterschiede der Kontrahenten in der sog. Monetarismus-Debatte. Die Auffassungen beider Seiten werden anhand von Themenschwerpunkten diskutiert: Geldpolitik versus Fiskalpolitik (Kap. 3), Stabilität oder Instabilität der Marktwirtschaft (Kap. 4), monetäre versus konkurrierende Inflationserklärungen (Kap. 5), Geldmengenregel oder diskretionäre Geldpolitik (Kap. 6), 100 %-Mindestreservekonzept und Geldangebotstheorie (Kap. 7), Geldpolitik unter alternativen Wechselkurssystemen (Kap. 8) und Unterschiede in Methode und Methodologie (Kap. 9). *Robert* gelangt zu dem Ergebnis, daß „Kommentare, die das Auseinanderklaffen der teilweise schulennmäßig geprägten Meinungsverschiedenheiten auf normative Unterschiede zurückführen, ... sich oft als widersprüchlich oder kaum belegt“ erweisen. Vielmehr würden sich „in vielen konkreten Fällen gegensätzliche Ansichten über offenbar faktische Phänomene und deren Erklärung und Erfassung“ zeigen. Er resümiert: „Die moderne makroökonomische Auseinandersetzung scheint also vorwiegend auf ‚positiven‘ Differenzen zu beruhen, und durch entsprechendes wissenschaftliches Bemühen (sic!) läßt sich im Laufe der Zeit wohl zunehmende Übereinstimmung erzielen“ (137).

Die Herleitung dieses Ergebnisses muß den Leser allerdings insofern überraschen, als *Robert* es weder unternimmt, den Ideologiebegriff wissenschaftlich exakt und operational abzugrenzen, noch versucht, die Bedingungen der Existenz unterschiedlicher ideologischer oder politischer Positionen in der Ökonomie aufzuzeigen, geschweige denn überhaupt die Möglichkeit der Isolierung normativer Aussagebestandteile zu diskutieren. Die Formulierungen des von *Robert* konstatierten Ergebnisses zeigen, daß er die Existenz auch unterschiedlicher theoretischer Normen, die den beiden Paradigmata „Keynesianismus“ einerseits und „Monetarismus“ bzw. „Neoklassik“ andererseits zugrunde liegen, nicht reflektiert. Normative Elemente gehen nicht nur in die theoretischen Konstruktionen, sondern auch in die empirischen Verfahren ein, mit denen die Theorien getestet werden sollen. *Robert* geht stattdessen unmittelbar auf die Ebene gesellschaftspolitischer Normen über, die allerdings auf Basis nicht näher präzisierter Kennzeichnungen wie „rechts“ bzw. „links“ oder „liberal“, „progressiv“ o. ä. diskutiert. Gelegentlich wird sogar die marxistische Terminologie bemüht, wenn von Interessen der „Bourgeoisie“ oder des „Proletariats“ die Rede ist (59). Dieses relativ unsystematische Vorgehen bleibt nicht ohne Folgen. So bemerkt *Robert* nicht, daß er einen — bei Würdigung des gesamten Spektrums neuerer wirtschaftspolitischer Konzeptionen — obsolet gewordenen Begriff des Liberalismus verwendet, wenn er *Friedman*, offenbar dessen Selbsteinschätzung folgend, als „Liberalen“ einstuft.

Eine zentrale Schwäche der Studie von *Robert* ist die Reduktion des Monetarismus auf die Position *Friedmans*. Die aktuellere und differenziertere Version, wie sie seit einigen Jahren von *Brunner* und *Meltzer* und ihren Schülern entwickelt worden ist, wird von *Robert* nur am Rande zur Kenntnis genommen. In Chicago, am Wirkungsort des „Meisters“ selbst, mag diese Wachablösung noch nicht so offenbar geworden sein, im deutschsprachigen Bereich hingegen, auf den *Robert* „verhältnismäßig stark“ Bezug nimmt (139), ist die führende Rolle im monetaristischen Lager inzwischen auf *Brunner* und *Meltzer* übergegangen. Der Leser muß den Eindruck gewinnen, daß *Robert* die zentralen modelltheoretischen Arbeiten der jüngeren monetaristischen Generation gar nicht kennt. Dieser Mangel muß sich vor allem hinsichtlich der Fragestellung des Autors negativ auswirken. Erst in der ausgearbeiteten Geschlossenheit eines *Brunner-Meltzer-Modells* wird die monetaristische Konzeption als Weiterentwicklung des neoklassischen Paradigmas erkennbar und erst damit einer systematischen Einschätzung ihres potentiellen ideologischen und politischen Gehalts zugänglich. Auf dieser Ebene kann dann eine wissenschaftlich fruchtbare Gegenüberstellung mit dem keynesianischen Paradigma erfolgen.

Neben solchen eher grundsätzlichen Mängeln der Studie sind in bezug auf eine Reihe von Einzelaspekten kritische Anmerkungen zu machen, wobei hier nur auf einige der Schwachstellen hingewiesen werden kann. So ist insbesondere die unkritische Übernahme des exponierten methodischen Ansatzes von *Friedman* zu monieren, der bekanntlich allein die Prognosefähigkeit zum Gütekriterium der Theorie erhebt und die Explikationsfunktion durch „Als-ob-Hypothesen“ eliminiert bzw. ersetzt. *Robert* kommen auch

keinerlei Bedenken, mit *Friedman* von der Einfachheit monetaristischer Modelle im Gegensatz zu keynesianischen Strukturmodellen zu sprechen. Da er die *Brunner-Meltzer*-Version und die ihr zugrunde liegende Methodologie aber nicht kennt, ist dies zwar aus der Sicht des Verfassers konsequent, bleibt aber nichtsdestoweniger unbefriedigend.

Während sich *Robert* auf der einen Seite unverhältnismäßig breit mit bestimmten Problemen auseinandersetzt, z. B. mit der Frage, was sich einige Befürworter der Geldmengenregel wohl dabei gedacht haben könnten, wenn sie nicht zugleich für Wechselkursfreigabe plädieren (98 ff), oder mit dem ominösen Thema der „oral tradition“ von Chicago (20 ff), werden andere Fragestellungen unangemessen restringiert oder ganz abgeschnitten: z. B. die für die Arbeit zentrale Frage der Stabilität oder Instabilität des marktwirtschaftlichen Systems, die lediglich auf der Basis des umstrittenen *Friedman*-Arguments über die Korrelation bestimmter Zyklusphasen offenbar als entschieden betrachtet wird (44); die Problematik der Inflationsbekämpfung, die allein auf die Erörterung des Indexproblems reduziert wird (65 ff); unter dem Kapitel „Wechselkurse und Marktwirtschaft“ hätte die Frage nicht ausgespart werden dürfen, warum gerade Praktiker, für die die Forderung nach uneingeschränkter Entfaltung des Preismechanismus zu den Grundfesten des marktwirtschaftlichen Systems gehört, in bezug auf die Preisrelationen auf internationaler Ebene sich für eine Fixierung aussprechen und anderes mehr.

Zusammenfassend ist festzuhalten, daß der Autor eine dem derzeitigen Stand der theoretischen Diskussion nicht gerecht werdende Untersuchung vorlegt, die eher journalistischen Charakter aufweist, für Spezialisten wie Nicht-Spezialisten gleichermaßen von nur geringem Interesse. Für die ersten, weil Thesen und Argumente aufgelistet werden, die mehr oder weniger hinreichend bekannt sind, für die letzteren, weil trotz der „bewußt einfach gehaltenen“ (11), wenn auch häufig etwas umständlichen, sprachlichen Fassung im Grunde doch größere Vertrautheit mit den paradigmatischen Positionen vorausgesetzt wird, ohne die die Zielrichtung und Relevanz einzelner Argumente nicht adäquat erfaßt werden können. Etwas überspitzt formuliert: Waren die Adressaten der Arbeit ursprünglich Spezialisten des Fachgebiets, wurde bei der späteren Publikation der Dissertation als Buch dem streckenweise journalistischen Charakter der Arbeit einfach durch die Erweiterung des Adressatenkreises Rechnung getragen (11), ohne allerdings mehr als lediglich eine unwesentliche sprachliche Überarbeitung vorzunehmen. Man ist doch etwas verwundert darüber, daß diese Arbeit in eine Schriftenreihe aufgenommen wurde, in der gerade zuvor eine theoretisch anspruchsvolle Monetarismusedarstellung erschienen ist, hinter die *Roberts* Rezeption des Gegenstands zurückfällt.

Michael Burchardt, Berlin

Handbuch des Real- und Kommunalkredits. Herausgegeben von Franz Steffan, unter Mitarbeit von Malte von Bargen, Joachim Degner, Wolfgang Goedecke, Gerhard Herbst, Günther Letschert, Rolf Müller, Herwig Nowack,

Alfred Röher, Konrad Rüchardt, Albrecht Schackow, Michael Schneider, Otto Stadler, Gerhard Tremer. 2. Auflage 1977. 880 S., Ganzleinen, 198,— DM.

Im Jahre 1963 ist das Handbuch des Realkredits erstmals erschienen. Seitdem haben sich der Markt für den Realkredit, die Wettbewerbssituation der im Realkredit traditionell engagierten Institute und die wohnungswirtschaftliche Szene spürbar verändert. Das Kommunalkreditgeschäft hat sich für die Pfandbriefinstitute zu einem neuen Geschäftsschwerpunkt entwickelt. Die in den letzten Jahren zurückhaltende Kreditnachfrage der Wirtschaft hat dazu beigetragen, daß sich neue Wettbewerber dem Realkredit und öffentlichen Kredit zugewandt haben. Die klassischen Finanzierungsmittel des Hypothekar- und Kommunalkredits haben sich gewandelt. Der private Sparer ist nicht mehr bereit, seine Ersparnisse in früher gewohnten langfristigen Zeitspannen anzulegen mit der Konsequenz, daß die Darlehen der Pfandbriefinstitute ihre Spezialität teilweise eingebüßt haben. Anstelle von Festzinsdarlehen mit Laufzeiten von 30 Jahren und mehr können angesichts der veränderten Refinanzierungsbedingungen nur noch Abschnittsfinanzierungen angeboten werden. Speziell im Wohnungsbaukredit haben neue Kreditformen und Finanzierungskombinationen an Bedeutung gewonnen. In der Eigenheimfinanzierung spielen Verbundfinanzierungen wie die verschiedenen Arten der sogenannten Finanzierung aus einer Hand inzwischen eine bedeutende Rolle. Die Neuauflage des bewährten Handbuches war notwendig und ist uneingeschränkt zu begrüßen. Sie trägt den zwischenzeitlichen Veränderungen nicht nur dadurch Rechnung, daß sie jetzt den Kommunalkredit mit einschließt.

In die Grundlagen des Realkredits führt wiederum der Herausgeber selbst ein. Die übrigen Autoren behandeln als hervorragende Vertreter der Praxis einen breit gespannten Bogen, angefangen von einer Einführung in Wesen und Aufgabe des Kommunalkredits über kreditrechtliche und steuerrechtliche Bestimmungen und Bilanzierungsvorschriften, Bewertungsgrundsätze und Bewertungsprobleme, Teilgebiete wie das Auslandskreditgeschäft und den Schiffskredit bis hin zu Fragen der Wohnungsbauförderung und der öffentlichen Bürgschaften für den Wohnungsbau.

Hervorzuheben ist die ausführliche Selbstdarstellung der Institutsgruppen, die traditionell im Realkredit und Kommunalkredit tätig sind. Gerade diese Abschnitte machen jedoch auch eine Schwäche solcher Veröffentlichungen deutlich, die auch in dem vorliegenden Handbuch nicht voll überwunden werden konnte. Die Themenstellung mancher Beiträge erlaubt eine sehr ausführliche und bisweilen nahezu wissenschaftliche Darstellung, während sich die Autoren anderer Beiträge auf eine mehr skizzenhafte oder übersichtsartige Darstellung beschränken mußten, um nicht den durch ein Handbuch gesetzten Rahmen zu sprengen.

Kritisch ist jedoch anzumerken, daß einige Aspekte, die in den letzten Jahren gerade geschäftspolitisch an Bedeutung gewonnen haben, zu knapp behandelt wurden. Zu nennen sind zum Beispiel die bereits erwähnten

Modelle der Verbundfinanzierung. Es trifft aber insbesondere zu für die beiden bedeutendsten, ihrem Wesen nach aber doch sehr unterschiedlichen Refinanzierungen über den Kapitalmarkt einerseits und Einlagen andererseits. Angesichts der Kapitalmarktentwicklung und der für die Pfandbriefinstitute durch die wohnungswirtschaftlichen Veränderungen erzwungenen Umorientierungen der Wohnungsbaufinanzierung ist die Frage einer Hypothek mit festen oder variablen Zinsen nicht nur aus Kundensicht ein sehr aktuelles Wettbewerbsproblem geworden. Auch die bisherige Arbeitsteilung der Institute wurde davon unmittelbar betroffen.

Diese Kritikpunkte mindern allerdings nur unwesentlich die Wertschätzung für dieses Handbuch. In ihm geben Kenner des Real- und Kommunkredits ihr profundes Wissen und ihre langjährige Erfahrung weiter. Es ist ein Handbuch und Nachschlagewerk für die Praxis, aus dem aber auch gestandene Kreditexperten noch manchen Hinweis und Hintergrundwissen schöpfen können.

Heinz Breier, Bonn

Borchert, Manfred: Außenwirtschaftslehre (Theorie und Politik). Westdeutscher Verlag, Opladen 1977, 268 S., 34,— DM.

Das vorliegende Lehrbuch bemüht sich — umfassender als es der herkömmlichen Lehrbuchtradition entspricht —, systematisch in die außenwirtschaftspolitischen Probleme einzuführen. Dies erfolgt insbesondere dadurch, daß es sich in seiner Konzeption nicht nur auf außenwirtschaftstheoretische Problembereiche beschränkt, sondern — wie es aus dem Untertitel hervorgeht — auch spezifische außenwirtschaftspolitische Probleme berücksichtigt. Insofern ist für das Lehrbuch eine grundsätzliche Zweiteilung charakteristisch.

Der erste Titel konzentriert sich ganz auf die außenwirtschaftstheoretischen Fragestellungen, wobei die traditionelle Zweiteilung in „reine“ und „monetäre“ Theorie — nach einer etwas sehr knapp geratenen und darum auch nicht sonderlich informativen „Grundlegung“ — aufrechterhalten wird. Das methodische Vorgehen entspricht ganz dem herkömmlichen modelltheoretischen Ansatz. Didaktisch nicht ganz verständlich ist das teilweise Aussondern mathematischer Ableitungen in Anhänge; dies deshalb, weil auch der „offizielle“ Teil sich ganz der modelltheoretischen Analyse verpflichtet fühlt.

Im zweiten Teil versucht nun der Autor, einen Überblick über die außenwirtschaftspolitischen Probleme zu geben. Wenn man bedenkt, daß er diese Probleme auf ca. 100 Seiten abzuhandeln, aber sich gleichzeitig zu bemühen versucht, einen Überblick über das ganze Spektrum der außenwirtschaftspolitischen Problematik zu geben, so deutet sich das Dilemma bereits an: Viele Probleme werden sehr oberflächlich angegangen, andere Probleme bleiben völlig unberücksichtigt (Probleme der GATT-Runden und der neuen Weltwirtschaftsordnung, Gründe der Unterentwicklung, Relevanz multinationaler Konzerne — um nur einige Probleme zu nennen). In diesem zweiten Teil wäre eine Selbstbeschränkung „mehr“ gewesen, oder der Verfasser hätte die Probleme umfassender (und auch systematischer) angehen müssen; zu sehr gehen

die theoretische Behandlung außenwirtschaftspolitischer Maßnahmen (der optimale Zollsatz), die Schilderung historischer Entwicklungslinien und die Behandlung aktueller Probleme durcheinander.

Werner Glastetter, Bielefeld

Dürr, Ernst: Wachstumspolitik. Paul Haupt Verlag, Bern/Stuttgart 1977. 368 S., kart. 28,— SFr.

Der Verfasser versucht, in einer umfangreichen Untersuchung nachzuweisen, daß entgegen aller düsteren Prognosen und Erwartungen, die an das Wachstum geknüpft werden, die Wachstumspolitik ein wesentlicher Bestandteil der Wirtschaftspolitik bleiben wird — und dies für entwickelte und unterentwickelte Länder. Dabei legt *Dürr* das Schwergewicht nicht auf die Vermehrung, sondern auf die effizientere Kombination der Produktionsfaktoren, wobei der Wirtschaftsordnung und der Wettbewerbspolitik eine wichtige Rolle zukommen. Demgegenüber werden positive Wachstumseffekte einer staatlichen Investitionsförderung, der erhöhten Ausgaben für Bildung und Forschung, der sektoralen Wirtschaftslenkung und einer Inflationspolitik bezweifelt. Schließlich sieht *Dürr* keine Konflikte zwischen Wachstum und Lebensqualität einerseits bzw. Verteilungsgerechtigkeit andererseits.

Diese optimistischen Perspektiven erweisen sich indessen als nicht ganz unproblematisch, wenn man die Substanz der Aussagen näher beleuchtet:

- Das Wachstumsziel wird sehr oberflächlich diskutiert, die Wachstumsprobleme schlicht ignoriert; geradezu leichtfertig wird über die besonderen Probleme der Entwicklungsländer hinweggegangen (Beschäftigungs- und Verteilungsprobleme (S. 9 - 36)).
- Es folgt dann ein sehr umfangreiches Kapitel (S. 37 - 124) über empirische Tests verschiedener Wachstumsdeterminanten (bzw. qualitativer Wachstumsfaktoren), die aber m. E. eindeutige Schlußfolgerungen nicht zulassen.
- In einem weiteren Abschnitt (S. 125 - 196) werden ordnungspolitische Alternativen der Wachstumspolitik (Planung des Wachstumsprozesses oder Planung der Wachstumsbedingungen) diskutiert, wobei marktwirtschaftliche Lösungen (teilweise dogmatisierend) vorgezogen werden.
- Diese Überlegungen finden ihren Niederschlag in der Diskussion wachstumspolitischer Ansätze und Instrumente (S. 197 - 280). Den klaren Vorzug genießt hier die Wettbewerbspolitik (vor Investitions-, Bildungs- und Arbeitsmarktpolitik).
- Sehr vordergründig wird die Gegenüberstellung des Wachstumsziels mit anderen Zielen der Wirtschaftspolitik (Stabilität, Vollbeschäftigung, Zahlungsbilanzausgleich, Einkommensverteilung, soziale Indikatoren) durchgeführt (S. 281 - 338); die Korrelationskoeffizienten haben wenig Aussagekraft, zumal mit teilweise weit zurückliegenden Daten gearbeitet wird.
- Den Abschluß bildet eine recht oberflächliche Auseinandersetzung mit dem Problem der Wachstumsgrenzen, soweit sie sich aus dem Weltvorrat von Rohstoffen und Energie ergeben (S. 339 - 345).

Alles in allem handelt es sich hier um eine Studie, die sich wohltuend von der modelltheoretischen Behandlung des Wachstumsproblems abhebt und statt dessen empirische Befunde zur Begutachtung von gängigen Wachstumshypothesen zu berücksichtigen versucht. Insofern vermittelt die Arbeit eine Vielzahl von wichtigen Anregungen für weitergehende wachstumsanalytische Fragestellungen. Kritisch anzumerken ist, daß der Autor teilweise recht oberflächlich argumentiert und oft der Versuchung erlegen ist, etwas voreilige (i. d. R. ordnungspolitisch vorfixierte) Schlüsse zu ziehen.

Werner Glastetter, Bielefeld